

STELLUNGNAHME zum Antrag SPD-Gemeinderatsfraktion vom: 05.10.2011 eingegangen: 05.10.2011	Gremium:	29. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	22.11.2011 902 8 öffentlich Dez. 6
Gemeinschaftsgärten in Karlsruhe		

Die Verwaltung wird eine Auswahl realisierter Projekte im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen vorstellen und entsprechende Garteninitiativen im Rahmen der verfügbaren öffentlichen Flächen und in Abwägung mit anderen Zielen der Stadtentwicklung unterstützen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt: PSP-Element: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit VOLKSWOHNUNG GmbH	

Die gegenwärtig stark kommunizierte Bewegung unter den Bezeichnungen „urban gardening“ oder auch „urban landscaping“ hat ihren Ursprung in Initiativen zur häufig auch nur temporären gemeinschaftlichen gärtnerischen Nutzung von bis dahin ungenutzten, brachliegenden innerstädtischen Flächen durch die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Stadtquartiers. Das Ziel der Eigenversorgung mit gärtnerischen Produkten in einer aktiven sozialen Gemeinschaft stand im Vordergrund. Inzwischen sind unter dem Begriff „urban gardening“ auch Vorschläge zur Produktion von Gemüse auf dem eigenen Balkon oder unternehmerische Aktivitäten wie die Berliner Prinzessinnengärten zu finden.

Auslöser dieser privaten Initiativen ist überwiegend der auf anderem Wege nicht erfüllbare Gartenwunsch. In Städten, die sowohl über Mietergärten und ein ausreichendes Angebot an wohnungsnahen Kleingärten verfügen, ist eine ausgeprägte „Urban-Gardening“-Bewegung daher seltener zu beobachten. Dies trifft auch für Karlsruhe zu. Dennoch hat sich das Gartenbauamt auch über das Thema „Interkulturelle Gärten“ der Aufgabe zugewandt und erste Grundsatzüberlegungen angestellt.

Zu den Punkten des Antrages im Einzelnen:

1. Die Verwaltung stellt im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen die Konzeption von Gemeinschaftsgärten vor.

Die Verwaltung wird eine Auswahl realisierter Projekte und deren wesentliche Merkmale im Ausschuss mit dem Ziel vorstellen, einen Überblick über das breite Spektrum von „urban gardening“ zu geben. Im Hinblick auf die Situation in Karlsruhe werden auch Ansätze aus vergleichbaren Kommunen in Baden-Württemberg präsentiert.

2. Die Verwaltung prüft, welche Flächen im Stadtgebiet sich für Gemeinschaftsgärten eignen.

Die bekannten Beispiele anderer Städte zeigen, dass nicht die Flächenbereitstellung Auslöser und Antrieb für der Entstehung und Entwicklung von Gemeinschaftsgärten war, sondern es zunächst der Initiative einer Gruppe handlungswilliger Bewohnerinnen und Bewohner bedurfte, die ein Gartenprojekt auf den Weg bringen wollte. Dabei sind zwei grundsätzliche Entwicklungen zu beobachten.

Entweder existierte irgendwo eine Brachfläche, die dann den Anlass zur Gründung einer Initiativgruppe und der Aneignung und Pflege der Fläche ergab, oder eine Initiativgruppe

entwickelte eine auf sie zugeschnittene Projektidee, für die dann im Nachgang eine geeignete Fläche gesucht und gefunden werden musste. Dabei waren dann bestimmte gruppenspezifische Kriterien wie Erreichbarkeit, Flächenzuschnitt und -größe, Ausstattung etc. zu erfüllen.

Eine Angebotsplanung ohne Kenntnis der spezifischen Erwartungen der örtlichen Interessengruppen soll daher nicht vorgenommen werden. Die Verwaltung würde jedoch gegebenenfalls im Rahmen der verfügbaren öffentlichen Flächen und in Abwägung mit anderen Zielen der Stadtentwicklung entsprechende Initiativen aus der Bürgerschaft unterstützen.